



Ratsantrag zur sofortigen Beschlussfassung

Risiken im Umgang mit Atommüll minimieren - Keine Uran- und Castor-Transporte durch Münster

Münster, den 03.02.2026

Der Rat möge beschließen:

1. Der Rat lehnt in Fortführung seiner früheren Beschlüsse zur Ablehnung von Atomtransporten durch Münster auch weiterhin Transporte von Uranhexafluorid in die und von der Urananreicherungsanlage in Gronau über das Münsteraner Stadtgebiet und auch über die Gebiete anderer Kommunen ab.
2. Der Rat beauftragt die Stadtverwaltung, die verantwortliche Urananreicherungsfirma Urenco in Gronau sowie die zuständigen Bundesbehörden erneut aufzufordern, auf weitere derartige Urantransporte durch das Münsteraner Stadtgebiet zu verzichten.
3. Der Rat lehnt die aktuell geplanten Castor-Transporte mit hochradioaktivem Atommüll vom Forschungszentrum Jülich und vom Forschungsreaktor Garching ins Zwischenlager Ahaus ab. Er lehnt dabei auch eine mögliche Streckenführung über die A1 im Westen von Münster ab.
4. Der Rat beauftragt die Stadtverwaltung, bei der Landesregierung und der Bundesregierung auf eine Einstellung der Urantransporte und einen Verzicht auf die Castor-Transporte hinzuwirken.
5. Der Rat befürwortet die Ziele des Atomausstiegs und spricht sich dafür aus, keinen weiteren Atommüll herzustellen und die Anlagen in Gronau, Lingen und Garching stillzulegen.

Begründung:

Transporte von radioaktivem Müll dürfen nur ein Ziel haben: ein sogenanntes Endlager, in dem der Müll für einen deutlich längeren Zeitraum und sicherer gelagert werden kann als in den bestehenden Lagern. Solange es ein solches Lager nicht gibt, muss radioaktiver Müll so sicher wie möglich da gelagert werden, wo er sich aktuell befindet, denn von jedem Transport gehen zusätzliche Risiken aus.

Der Rat hat bereits in früheren Beschlüssen, zuletzt 2021 (Antrag Nr. A-R/0090/2021), den Transport von Uranhexafluorid (UF_6) durch Münster abgelehnt. Von diesen Transporten geht ein erhebliches Risiko für die Münsteraner Bevölkerung aus. Bei einem Unfall, bei dem UF_6 austritt, kann dieses mit Wasser (auch Luftfeuchtigkeit) zu giftigem Uranylfluorid und Fluorwasserstoff reagieren. Fluorwasserstoff bildet in Wasser gelöst Flusssäure, Kontakt mit Flusssäure ist hochgefährlich und kann lebensgefährliche Verätzungen verursachen. Bei einem Brand kann UF_6 gasförmig werden und sich dadurch schnell ausbreiten. Der Rat lehnt es ab, die Menschen in Münster dieser Gefahr auszusetzen, und erklärt zugleich, dass Menschen, die an anderen Orten (außerhalb der Zuständigkeit des Rats der Stadt Münster) leben, ebenso wenig solchen Gefahren ausgesetzt werden dürfen.

Vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Lage sind Atomtransporte nochmals gefährlicher geworden. Denn neben der Gefahr von Unfällen machen neue Gefahren wie der Einsatz von Drohnen es noch schwieriger, die Transporte abzusichern und vor Angriffen zu schützen. Der Rat sieht es daher als geboten an, seine ablehnende Haltung gegenüber Atomtransporten zu bekräftigen.

Die Stadtverwaltung hat diese ablehnende Haltung der Firma Urenco und den zuständigen Behörden zuletzt 2012 mitgeteilt und in diesem Zusammenhang den Rat darüber informiert, dass nach Kenntnis der Stadt Münster die Streckenführung in Verantwortung der zuständigen Bundesbehörden und des beauftragten Spediteurs liege (V/0186/2012 und V/0025/2013). Der Rat beauftragt die Stadtverwaltung, sowohl die Firma Urenco als Auftraggeberin der Transporte als auch die zuständigen Bundesbehörden – wie das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) und das Eisenbahn-Bundesamt (EBA) – erneut dazu aufzufordern, keine weiteren Urantransporte durch Münster durchzuführen.

Aufgrund der Gefahren, die von diesen Transporten ausgehen, lehnt der Rat auch die aktuell geplanten Castor-Transporte von Jülich und Garching nach Ahaus ab. Bei einem Unfall oder Angriff besteht die Gefahr, dass die Behälter beschädigt werden und die Umgebung radioaktiv verseucht wird.

Der Transport von 152 Castoren von Jülich nach Ahaus wäre die größte Serie von Castor-Transporten in der Geschichte der BRD und würde sich über Monate, wahrscheinlich sogar Jahre hinziehen. Die Genehmigung dieser Transporte verlangt, dass mehrere Transportrouten bzw. Ausweichrouten in die Planungen einbezogen werden müssen, die genaue Route der Transporte unterliegt der Geheimhaltung. Dabei kann auch eine Transportroute über die A1 und damit durch Münster in Betracht kommen. Selbst wenn eine solche Streckenführung aktuell nicht geplant sein sollte, steht im Hinblick auf den langen Zeitraum der Transporte und die insgesamt marode Infrastruktur (insbesondere marode Brücken über den Rhein) zu befürchten, dass die Route durch Münster zu einem späteren Zeitpunkt gewählt werden könnte.

Hinzu kommt, dass das Brennelemente-Zwischenlager Ahaus nur bis zum 31. Dezember 2036 genehmigt ist. Damit sind Transporte ins Zwischenlager Ahaus keine dauerhaft tragfähige Lösung und können im Ergebnis weitere Transporte nach sich ziehen.

Der Rat lehnt die Gefährdung der Menschen in Münster durch diese Transporte ab und betont zugleich, dass die Gefährdung von Menschen entlang anderer möglicher

Transportrouten ebenso wenig hinnehmbar ist. Er spricht sich deshalb dafür aus, dass diese Transporte nicht stattfinden und der radioaktive Müll am seinen jetzigen Standorten in Jülich (in einem dort neu zu bauenden Zwischenlager) und in Garching so sicher wie möglich gelagert wird. Der Rat beauftragt die Stadtverwaltung, diese Position gegenüber der Landes- und Bundesregierung zu vertreten.

Während die Atomkraftwerke in Deutschland abgeschaltet worden sind, sind die Urananreicherungsanlage in Gronau, die Brennelementefabrik in Lingen und der Forschungsreaktor in Garching von diesem Atomausstieg bislang ausgenommen. In Gronau entstehen dadurch weiterhin große Mengen neuen radioaktiven Mülls. Die Brennelemente, die in Lingen hergestellt werden, führen zu weiterem Atommüll beim Betrieb von Atomkraftwerken außerhalb Deutschlands. Der Forschungsreaktor in Garching ist derzeit nicht in Betrieb, es steht aber zu befürchten, dass er wieder in Betrieb genommen wird; dadurch würde auch in Garching neuer Atommüll entstehen. Der Rat spricht sich dafür aus, keinen weiteren radioaktiven Müll herzustellen, und tritt daher dafür ein, dass der Atomausstieg in Deutschland die Anlagen in Gronau, Lingen und Garching einschließt.

Dieser Ratsantrag greift die Bürgeranregung nach § 24 Gemeindeordnung von SOFA (Sofortiger Atomausstieg) Münster vom 5. Januar 2026 auf.

gez.

Andrea Blome Albert Wenzel und Fraktion	Lia Kirsch Stephan Brinktrine und Fraktion	Maren Berkenheide und Fraktion	Sebastian Nahrwold und Fraktion
---	--	-----------------------------------	------------------------------------

Lars Nowak und Gruppe
